

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Nachtragshaushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3240

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/3264
zweite Lesung

Neben den obengenannten Drucksachen liegen Ihnen vor: neun Änderungsanträge der Fraktion der CDU und ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Sie beziehen sich auf Einzelpläne des Haushaltsplans. Diese Anträge werden in die Beratung einbezogen.

Sie haben eine Sammlung der Anträge mit einer Übersicht hierzu erhalten. Ich bitte, den nachträglich eingegangenen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3316 zu Einzelplan 11 - Stichwort: Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen - hinzuzufügen.

Zum Abstimmungsverfahren weise ich darauf hin, daß über die Anträge in der Reihenfolge der vorliegenden Zusammenstellung und demnach in der Reihenfolge der Einzelpläne des Haushaltsplans abgestimmt wird. Dabei hat die CDU-Fraktion Einzelabstimmung gemäß § 52 der Geschäftsordnung beantragt. Das bedeutet, daß bei den Einzelplänen, zu denen ein Änderungsantrag vorliegt, zunächst hierüber, danach über den Rest des Einzelplans und anschließend insgesamt über den Einzelplan abgestimmt wird.

Ich eröffne die Beratung und bitte um Wortmeldungen. - Als erster hat Herr Abg. Benschmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Benschmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts in dieser Woche schaffen wir die Voraussetzungen für die sofortige Umsetzung des Ruhrgebietsprogramms. Wir begrüßen den jetzigen Zeitpunkt ausdrücklich; denn nach den ursprünglichen Vorstellungen des Finanzministers sollte die Beratung des Nachtrags erst nach der Sommerpause erfolgen. Erst auf Druck der Opposition und des Antrags des Kollegen Dorn ist die Beratung vorgezogen worden. - Herr Schleißer, Sie brauchen nicht mit dem Kopf zu schütteln. - Wir sind deshalb glücklich, daß nicht ein weiteres Vierteljahr verstreicht, bis die Mittel für das Programm eingesetzt werden können.

Die CDU-Fraktion hat zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung zehn Änderungsanträge eingebracht. Sie lassen sich in drei Kernaussagen zusammenfassen:

1. ein klares Ja zu den investiven Ausgaben des Ruhrgebietsprogramms,
2. ein ebenso klares Nein zum konsumtiven Bereich, insbesondere zu den Personalausgaben, und
3. keine Finanzierung durch eine weitere Neuverschuldung.

(Zustimmung bei der CDU)

Zu den Personalausgaben! Insgesamt werden im Nachtragshaushalt 37 Stellen beantragt. Die Forderung des Wirtschaftsministers, im Nachtragshaushalt weiteres Personal für die Abwicklung von ZIM zur Verfügung gestellt zu bekommen, ist absolut unverständlich, Herr Jochimsen.

Das hätten Sie bereits mit dem Haushalt 1988 tun müssen; denn das Volumen hat sich nicht geändert. Ich weiß überhaupt nicht, warum das in den Nachtrag gehört. Darüber hinaus möchte ich anmerken, daß das eigentlich eine ganz normale Abwicklung eines Programmes ist. Dazu muß jetzt nicht zusätzliches Personal bereitgestellt werden.

Die Forderungen des Wissenschaftsministers und des Arbeitsministers für die Einrichtung des Kulturwissenschaftlichen Instituts und des Instituts für Arbeit und Technik mit weiteren 30 Stellen ist eine zusätzliche kostenträchtige personelle Infrastruktur, die in dieser Konstruktion völlig falsch ist. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen - in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses mußten die Ministerien das auf Befragen zugeben -, daß die bereits im Haushaltsjahr 1987 bereitgestellten Stellen bis zum heutigen Zeitpunkt nicht besetzt sind. Ich frage Sie: Warum wollen Sie mit dem Nachtragshaushalt weitere 30 Stellen bereitgestellt haben, wenn Sie mit den übrigen Stellen, die im Jahre 1987 bereitgestellt worden sind, die Arbeit nicht einmal begonnen haben? Dieses Verfahren ist unmöglich.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gibt es in der Vergangenheit kein Parallele.

(Zurufe)

- Nein. Sie können das ja nachher hier gerne anders sagen.

(B)

(C)

(D)

(Bensmann (CDU))

- (A) Darüber hinaus möchte ich anmerken, daß beide Institute in der Integration der Hochschulsysteme dieses Landes besser aufgehoben wären.

Ich frage Sie, Herr Finanzminister Schleißer: Warum haben Sie den Forderungen Ihrer Ressortchefs nach weiterer Aufblähung der Ministerialbürokratie nachgegeben? Als Sprecher der SPD-Fraktion waren Sie damals eigentlich mit uns einig, daß keine weiteren Personalausgaben getätigt werden sollen. Hier haben Sie wieder einen völlig falschen Weg beschritten. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt als neuer Minister in der Verantwortung die Chance, für die Zukunft Weichen zu stellen. In meinen Augen haben Sie sie vertan. Ich sage Ihnen ein Weiteres: Wenn Sie in dieser entscheidenden Phase - in der Sie hätten sagen können, wo es mit dem Personal und mit dem Sparen langgeht - die Weichen so gestellt haben, dann habe ich Angst, wie Ihre weiteren Entscheidungen in der Zukunft aussehen werden. In diesem Bereich haben Sie die erste Runde im Kabinett verloren.

Nun zu der Finanzierung unseres Nachtrags Haushalts. Im Einzelplan 14 kann nach unserer Auffassung der Ansatz für Personalausgaben um 130 Millionen DM gekürzt werden. Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst von 2,4 % bedeutet für das ganze Jahr lediglich eine Steigerung von 2 %. Tatsächlich sind 2,54 % in den Haushalt eingestellt worden. Die Differenz beträgt korrekt 130 Millionen DM. Wir schlagen vor, mit diesem Betrag Investitionen zu decken. Auch hier sage ich noch einmal mit allem Nachdruck: Nicht mehr Verwaltung, sondern mehr Gestaltung!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Einzelplänen fordern wir ebenfalls eine Erhöhung der globalen Minderausgabe von 73 Millionen DM. Selbst nach dieser Kürzung, Herr Minister Schleißer, lägen die Ansätze in den Obergruppen 51 bis 54 immer noch um 12 % über dem, was im Haushaltsjahr 1987 bereitgestellt worden ist.

Ich war mehr als erstaunt, als Sie auf Befragen antworteten, Sie würden nicht wieder Bewirtschaftungsmaßnahmen - wie Ihr Vorgänger im Jahre 1987 - im Haushalt 1988 durchführen. Ich frage Sie: Wollen Sie nicht weiter sparen?

(Minister Schleißer schüttelt den Kopf.)

- Sie schütteln den Kopf. Wenn Sie nicht weiter sparen wollen - -

(Zuruf des Ministers Schleißer)

- (C) - Ich hatte den Eindruck, Sie können ja gleich darauf antworten. Als sorgsamer Verwalter der Finanzen dieses Landes hätten Sie diesen Weg mitgehen sollen. Es wäre schön, Sie würden gleich sagen, was an dem Sparerlaß Ihres Vorgängers, Herrn Posser, falsch war.

Nun zu dem letzten Vorschlag, der die Deckung dieses Nachtragshaushalts durch die Erhöhung der Einnahmen bei den Steuern um 200 Millionen DM betrifft. Wie richtig und sachlich begründet dieser Ansatz ist, haben Sie selbst mit Ihrer Presseerklärung dargelegt. Das hat eben hier auch der Ministerpräsident des Landes getan, als er sagte, die Steuereinnahmen für Mai 1988 sind um 10,7 % gestiegen - denn das sind 1,7 Milliarden DM -, aber es sind ja nur 4,3 %. Dem muß man jedoch gegenüberstellen, Herr Minister Schleißer, daß Sie nur 2,5 % eingestellt haben und daß wir trotz der Sonder-situation "Alma", die wir zugegebenermaßen abrechnen, immer noch 700 Millionen DM Mehreinnahmen bis zum jetzigen Zeitpunkt haben.

(Richtig! und Beifall bei der CDU)

Wenn das so richtig ist, dann möchte ich gern einmal wissen, ob es nicht eine realistische Einschätzung der Steuereinnahmen für das Jahr 1988 ist, wenn man von diesen bis jetzt 700 Millionen DM mehr nur 200 Millionen DM nimmt. Ich bin ganz sicher, daß wir durch die positive konjunkturelle Entwicklung sowohl beim Bund als auch hier im Lande Nordrhein-Westfalen am Ende dieses Jahres eine positive Bilanz ziehen werden, was die Steuereinnahmen angeht.

(D)

Nun noch etwas zu Ihrem Finanzierungsvorschlag. Wenn wir entsprechend dem Vorschlag der SPD die 400 Millionen DM Nettokreditaufnahmen vollziehen, überschreiten wir die Schallgrenze von 100 Milliarden DM. 100 Milliarden DM, das ist eine Zahl mit einer Eins und elf Nullen. Das kann man sich gar nicht vorstellen. Ich möchte ein paar Beispiele nennen, um das deutlich zu machen.

(Zuruf von der SPD: Und wenn schon!)

- Ich mache es trotzdem deutlich, vielleicht wird Ihnen dann bewußt, was das heißt.
- Wir zahlen jedes Jahr 6,5 Milliarden DM Zinsen. Welche moralische Dimension sind eigentlich demgegenüber 400 Millionen DM? Eine andere Zahl: Wir zahlen jeden Tag 18 Millionen DM Zinsen. Wenn wir heute abend nach Hause gehen, zahlt dieses Land 18 Millionen DM Zinsen, nur Zinsen, ohne Tilgung. Jede Minute zahlt dieses Land 12 500 DM,

(Bensmann (CDU))

- (A) d.h. jede Sekunde zwei Blaue; 200 DM, 400 DM, 600 DM, 800 DM, 1 000 DM. Nur Zinsen!

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Natürlich; in zehn Sekunden ist es das Doppelte, ganz genau.

Herr Finanzminister, das ist der falsche Weg. Ich sage Ihnen: Ich habe den Eindruck, daß Sie das eigentlich auch bei nüchterner Betrachtung wissen, aber daß Sie trotzdem diesen Weg der Neuverschuldung gehen.

Wir haben im Ausschuß gesagt, bei den Kreditermächtigungen in Höhe von 10 Milliarden DM könnte man ja auch einmal nachdenken, ob da nicht 400 Millionen DM drinstecken. Auch bei dem Bereich der Restebildung - 1986 2,5 Milliarden DM - könnte man darüber nachdenken, ob das nicht ein Finanzierungsweg wäre. Aber nein, Sie bleiben trotzdem bei dem Weg der Neuverschuldung.

Ich habe hier einen ganz üblen Verdacht, nämlich daß Sie eine ganz schlimme Strategie verfolgen,

(Hovest (SPD): Ach was?)

- (B) nämlich daß Sie in der Güterabwägung zwischen Schulden auf der einen Seite und Hilfe für die Menschen im Revier auf der anderen Seite für die Erneuerung des Landes der Bevölkerung suggerieren, daß die Neuverschuldung nur deshalb entstanden sei, weil Sie den Menschen im Revier helfen wollten. Das ist eine schlimme Verfälschung der realen Tatsachen der Verschuldungspolitik dieses Landes! Nehmen Sie nicht die Bürger an Rhein und Ruhr hierfür in die Pflicht. Das sind die Sünden der Vergangenheit, für die Sie jetzt eine andere politische Argumentation suchen!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich darf wiederholen, was Frau Thoben und Herr Dr. Worms heute morgen angeboten haben - und ich glaube, im Finanzausschuß haben wir es bestätigt -: Zusammen mit der Bundesregierung wollen wir dieses Land erneuern. Es werden Milliarden zur Verfügung gestellt, und es ist überhaupt nicht notwendig, Nordrhein-Westfalen, insbesondere das Ruhrgebiet, mit neuen Schulden zu belasten. Folgen Sie den Anträgen der CDU und belasten Sie die Bürger im Revier nicht mit einer weiteren Hypothek. Altlasten haben wir genug!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Abg. Lauer für die Fraktion der SPD. (C)

Frau Lauer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Artikel 81 unserer Landesverfassung stellt bezüglich der Aufstellung des Haushaltes nüchtern fest:

Der Landtag sorgt durch Bewilligung der erforderlichen laufenden Mittel für die Deckung des Landesbedarfs.

Aufgabe des Nachtragshaushalts ist dabei, zwingend notwendige Ansatzänderungen vorzunehmen, um den Bedarf des Landes an Haushaltsmitteln bei Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite zu decken.

Der Schwerpunkt dieses Nachtrages liegt eindeutig auf der Einnahmeseite, denn die Bundesregierung hat am 24. Februar 1988 zwar Zusagen gemacht, sie ist aber nicht bereit, für 1988 ihrerseits den entsprechenden Nachtrag zum Bundeshaushalt einzubringen. Neu ist allerdings, daß Zusagen gemacht worden sind, die in den nächsten Jahren eingelöst werden müssen. So wenig wir mit dem Finanzvolumen dieser Zusagen zufrieden sind, so sind wir der Bundesregierung dennoch dankbar dafür, daß sie die Anpassungsprozesse in der Montanindustrie nicht nur sozial flankieren will, sondern auch zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und wirtschaftsnaher Infrastruktur beitragen will.

Wir in Nordrhein-Westfalen lassen das Revier mit seinen Problemen nicht allein und treten mit diesem Nachtragshaushalt in Vorlage. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, bitten wir, mit dazu beizutragen, daß die Zusagen des Bundes auch eingehalten werden. Und Sie werden sehen, daß die Projekte der Zukunftsinitiative Montanregionen Erfolg haben werden! Setzen Sie sich mit uns dafür ein, daß der Bund sich über die Ergebnisse vom 24. Februar 1988 hinaus auch an dieser Initiative zur wirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes beteiligt. (D)

Ein Ergebnis hat die Zukunftsinitiative Montanregionen, die Sie am 25. März 1987 mit beschlossen haben, bereits heute gebracht. Dieses Land ist im Aufbruch. Die Montanregionen sehen wieder mit Optimismus in die wirtschaftliche Zukunft. Als Abgeordnete aus Duisburg kann ich dies aus unmittelbarer Beobachtung und Mitwirkung bestätigen. Es sind neue Formen der regionalen und lokalen Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft entstanden. Die Stadt Duisburg hat ein Zukunftsprogramm "Duisburg 2000" aufgelegt, das ohne unser Landesprogramm für die

(Frau Lauer (SPD))

- (A) Montanregionen nicht zustande gekommen wäre.

(Schauerte (CDU): Ohne das Programm des Kanzlers auch nicht!)

- Das habe ich auch gesagt, Herr Schauerte. - Die Aufbereitung von Gewerbeflächen hat bei uns einen zusätzlichen Schub erhalten; neue Investoren sind in unsere Stadt gekommen. In anderen Orten wie Essen, Oberhausen, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Aachen usw. ist es ähnlich. Überall in unserem Lande ist diese Aufbruchstimmung zu spüren. Ich meine, wir sollten nicht immer nur ein Negativbild von Nordrhein-Westfalen zeichnen, sondern das Positive für unsere Bürger herausstellen.

(Schauerte (CDU): Das fordern wir seit Jahr und Tag!)

- Nein, Sie machen in Polemik, Herr Kollege Schauerte, und nichts anderes!

(Zustimmung bei der SPD)

Im Haushalts- und Finanzausschuß und hier am Pult ist es immer nur Ihre Aufgabe, Herr Schauerte, die Landesregierung anzugreifen. Nie rufen Sie zu einer vernünftigen Zusammenarbeit auf.

(Schauerte (CDU): Ich biete an, der Landesregierung zu helfen!)

- (B) Sie machen nur in Polemik. Das sagen sogar die Bürger in meinem Wahlkreis, wenn Sie die "Aktuelle Stunde" mit dem Programmteil "Blickpunkt Düsseldorf" gesehen haben. Sie fragen dann: Was ist das eigentlich für ein Herr Schauerte; macht der Politik, oder macht der Polemik in Düsseldorf?

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Dann haben Sie die falschen Bürger gefragt!)

Aber machen Sie nur so weiter! Durch diese Polemik, die die CDU auch in Duisburg jahrelang betrieben hat, ist die SPD zu ihren Mehrheiten gekommen. -

(Schauerte (CDU): Und Sie sind die Vertreterin der neuen Sachlichkeit?!)

Das ist genau das, was wir mit unserem gemeinsamen Antrag am 25. März 1987 erreichen wollten. In dieser gemeinsamen Entscheidung heißt es aber auch:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Bundesregierung auf, ihre gesamt-

- wirtschaftliche Verantwortung für die Montanregionen wahrzunehmen. (C)

Ein Anfang in dieser Richtung ist gemacht. Wir erwarten weitere Maßnahmen des Bundes.

Professor Dr. Biedenkopf hat in der Montan-debatte vom 25. März 1987 die nationale Verantwortung des Bundes für den Strukturwandel in den Montanregionen herausgestellt:

Wer Milliarden Subventionen für den Airbus zahlt, wird mit wenigen Millionen für eine ganze Region dieser nationalen Verantwortung noch nicht gerecht.

(Schauerte (CDU): Das war jetzt sachlich?!)

Dieser Nachtragshaushalt ist auch über die zusätzlichen Mittel für die Montanregionen hinaus ein Dokument der Erneuerung unseres Landes. Ich weiß, Sie sind damit nicht einverstanden - ich nenne trotzdem das Institut "Arbeit und Technik" im Einzelplan 07, das Bodenschutzzentrum im Einzelplan 10, aber auch die Prämien für die Stilllegung oder weniger intensive Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen, die ein Beitrag zum Umweltschutz sind. Durch die aktuelle Umweltkatastrophe in der Nordsee ist diese Position, meine ich, von besonderer Bedeutung. Im Einzelplan 06 wird die Beschaffung zusätzlicher Geräte für die Wissenschaft in unserem Lande verstärkt und das Kulturwissenschaftliche Institut im Rahmen des Wissenschaftszentrums anfinanziert. Das sind alles Ausgaben, die unabweisbar sind und unser Land voranbringen. (D)

Wir müssen im Nachtragshaushalt aber neben diesen zusätzlichen Ausgaben für strukturelle Maßnahmen auch auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Aussiedler und Asylanten achten. Die unerwartete Steigerung der Zahlen dieser Personengruppen hat unseren Landtag bereits mehrmals beschäftigt. Der finanzielle Mehrbedarf ist der typische Fall für die Ansatzserhöhung im Rahmen eines Nachtragshaushalts.

Dieser Nachtragshaushalt ist keine "Mogelpackung", wie es gestern im Haushalts- und Finanzausschuß behauptet worden ist, sondern dieser Nachtrag ist echt, und diesem Nachtrag sollten wir zustimmen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion wird den von der CDU gestellten Anträgen, wie gestern auch im Haushalts- und Finanzausschuß, nicht zustimmen. Sie wird aber dem Nachtragshaushalt, so wie er im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen

(Frau Lauer (SPD))

- (A) worden ist, ihre Zustimmung geben. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten sich uns anschließen, den Menschen in Nordrhein-Westfalen zu helfen, und mit dazu beitragen, daß unser Land weiter vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Begehren der Landesregierung, für den Nachtragshaushalt 1988 insgesamt 403 Millionen DM Kredite neu aufzunehmen, kann nur als dreist bezeichnet werden. Mein Kollege Wolfram Dorn hat bei der ersten Lesung des Nachtragshaushalts die Sache auf den Punkt gebracht: Wer Ausgabenreste von 2,5 Milliarden DM vor sich herschiebt, wer Verpflichtungsermächtigungen von 1,5 Milliarden DM nicht in Anspruch nimmt und wer in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 1,6 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen hat, handelt unseriös, wenn er zusätzlich nunmehr 403 Millionen DM Kredite fordert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gestern haben wir nach stärkerem Drängen auch die Steuereinnahmen im Monat Mai erfahren. Meine Damen und Herren, die Steuerquellen sprudeln weit kräftiger, als ursprünglich eingeplant war.

(B)

(Frau Lauer (SPD): Abwarten bis Dezember!)

Ich will einmal versuchen, dieses Haushaltschinesisch in die deutsche Sprache zu übersetzen, um diesen unglaublichen Vorgang der Landesregierung dem Bürger zu verdeutlichen. Dazu möchte ich ein Beispiel anführen.

Ausgabenreste: Der Bürger stellt zum Jahresende fest, daß er für eine durchgeführte Urlaubsreise weniger Geld ausgegeben hat, als ursprünglich eingeplant war. Die Hausrenovierung ist ebenfalls erheblich preiswerter ausgefallen. So hat er 25 000 DM eingespart.

Verpflichtungsermächtigungen, wieder bezogen auf den Normalbürger: Sein ständiger Überziehungskredit beim Girokonto von insgesamt 20 000 DM ist nur in einer Höhe von 10 000 DM in Anspruch genommen worden.

Und jetzt kommen wir zu den sprudelnden Steuerquellen: Vom Finanzamt erhält dieser Bürger 6 000 DM Steuerrückerstattung.

Das ist die Ausgangsbasis. Meine Damen und Herren, wer in der Welt käme bei einer derartigen Finanzsituation auf den Gedanken, nun zur Sparkasse zu rennen und einen zusätzlichen Kredit von 4 000 DM anzufordern?

(C)

(Schauerte (CDU): Das ist reine Ideologie.)

Dies ist, praktisch umgesetzt, das, was die Landesregierung hier vollziehen will.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung kann diesen Nachtragshaushalt finanzieren, ohne eine einzige Mark an Krediten zusätzlich aufzunehmen.

(Zuruf von der CDU: Jawohl! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber wir haben uns natürlich Gedanken gemacht, warum die Landesregierung diesen Weg einschlägt.

(Schauerte (CDU): Ja, warum wohl?!)

- Ja, Herr Kollege, eine Antwort haben wir: Offensichtlich soll der Schattenhaushalt erweitert werden.

(Schauerte (CDU): Genau!)

Wenn jemand den Schattenhaushalt erweitern will, muß man sich die Frage stellen, ob er damit andere Löcher, die im Etat auftauchen können, stopfen will, oder ob er gar Ausgaben plant, über die wir bisher noch keine Informationen haben.

(D)

(Kuhl (F.D.P.): Das wäre ja Betrug!)

Nun ist im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt worden, es bestände, aufs Jahr bezogen, keine Veranlassung, am geschätzten Gesamtergebnis eine Korrektur vorzunehmen, was die Steuermehreinnahmen angeht. Hier gilt der Grundsatz der Haushaltswahrheit. "Haushaltswahrheit" besagt: Es sollen zu hohe, aber auch zu niedrige Schätzungen verhindert werden. Vielleicht ist es ja so, daß wir im Herbst mit Steuereinbrüchen rechnen müssen. Dann wäre ja die Position des Finanzministers zu loben, sehr vorsichtig an den Haushaltsansatz heranzugehen. Nur, meine Damen und Herren, dann muß es doch einen Grund für diese vorsichtige Position geben, Herr Finanzminister.

Wenn man sich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) Nordrhein-Westfalen ansieht, dann gibt es doch keinen Grund, so vorsichtig an die Zahlen heranzugehen.

(Schauerte (CDU): Er tat das wider besseres Wissen!)

Wir fordern Sie heute erneut auf, uns einmal Gründe zu nennen, die Sie zu dieser vorsichtigen Einschätzung zwingen.

(Schauerte (CDU): Er wird wieder schwach!)

Wir haben da wirklich unsere Zweifel, denn wir brauchen uns nur anzusehen: der private Konsum steigt. Wir haben mit Freude festgestellt, daß die Exportwirtschaft wieder an Zugkraft gewinnt. Das sind alles Fakten, die dafür sprechen, daß die Steuereinnahmen weiter kräftiger sprudeln werden als ursprünglich geplant war.

Wir fordern eben eine vernünftige Beratungsgrundlage auch für diesen Nachtragshaushalt. Dies, meine Damen und Herren, fehlt bis zur Stunde.

Ich möchte jetzt den Wirtschaftsminister ansprechen. Wir haben uns ja im Wirtschaftsausschuß - gestern auch zusammen mit dem Haushalts- und Finanzausschuß - über diese ganze Palette der Projekte, die zur Beratung anstehen, unterhalten. Ich will noch einmal deutlich auf die ZIM-Projekte eingehen. Herr Wirtschaftsminister, wir haben hier eine ganze Reihe von Fragen gestellt. Wir wollten einmal wissen, wie nach Ansicht der Landesregierung diese Liste von 150 Projekten eigentlich finanziert und gefördert werden soll. Da gibt es ja unterschiedliche Förderungen. Da gibt es die Förderung der Gemeinschaftsaufgabe; da werden sicherlich auch Technologieprogramme und andere Landesprogramme herangezogen werden. Was wir von Ihnen als Auskunft haben möchten, ist, daß Sie uns einmal auflisten, mit welchen Förderprogrammen Sie die einzelnen Projekte fördern wollen.

Nur, meine Damen und Herren, wir müssen feststellen: der Wirtschaftsminister schweigt an dieser Stelle, er ignoriert unsere Fragen. Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, daß der Wirtschaftsminister an anderer Stelle plötzlich sehr redigewandt wird - wenn es darum geht, von den eigenen Fehlern abzulenken.

Der Wirtschaftsminister ist Wortführer, wenn es darum geht, dem Bund vorzuwerfen, daß er bei der Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz Verzögerungen eintreten läßt. Der Bund soll schuld sein, daß die Umsetzung so

zögerlich läuft. Das hat der Wirtschaftsminister mehrfach gesagt. (C)

Wir haben bei der Diskussion, wenn es um die Strukturverbesserung geht, schon des öfteren darauf hingewiesen, daß es Hemmnisse gibt, die zu überwinden sind, daß es eben schwierig ist, Projekte schnell und unbürokratisch umzusetzen. Nur, meine Damen und Herren, warum ist der Wirtschaftsminister dann nicht so ehrlich und gibt dies zu

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und sagt, daß es schwierig ist? Wir haben dafür Verständnis. Wir haben aber kein Verständnis, wenn dies alles verschwiegen wird und man nur den schwarzen Peter nach Bonn weiterreichen will.

(Frau Thoben (CDU): Er nörgelt!)

Ich möchte dieses ganze Fragenbündel an den Wirtschaftsminister, was die F.D.P.-Fraktion im Wirtschaftsausschuß bereits mehrfach zur Sprache gebracht hat, nicht wiederholen. Ich möchte es jetzt, Herr Minister, auf eine einzige Frage reduzieren. Ich möchte Sie aber an dieser Stelle eindringlich bitten, daß Sie ganz konkret antworten.

Im Haushalt 1988 sind für die ZIM-Projekte - wenn ich richtig nachgerechnet habe - jetzt noch 108 Millionen DM eingesetzt. Das sind die ursprünglichen 187 Millionen DM mit der anschließenden Reduzierung.

(Westermann (SPD): Stimmt nicht; die sind dazugekommen!)

Meine Damen und Herren, Herr Wirtschaftsminister! Diese Finanzmittel stehen seit Anfang des Jahres zur Verfügung. Das halbe Haushaltsjahr ist abgelaufen. Dann sagen Sie uns doch hier und heute, was von diesen Millionen bereits verausgabt wurde. Da brauchen Sie nämlich nicht Bonn zu fragen, da können Sie ganz allein entscheiden. (D)

Dann würde uns interessieren, was von diesem Haushaltsansatz im Laufe des Jahres noch abfließen wird. Das interessiert uns. Wenn wir die Zahlen haben, können wir auch inhaltlich über die weiteren Projekte diskutieren.

(Zuruf des Abg. Mernitzka (SPD))

Es passiert folgendes: Es werden vollmundige Erklärungen abgegeben. Die Umsetzung scheidet aber, die Finanzmittel kommen eben nicht rechtzeitig in die Regionen, weil hier im Lande alles zu bürokratisch angepackt wird.

(Schauerte (CDU): Genau!)

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) Ich möchte Sie, Herr Minister, wirklich eindringlich bitten, nicht durch Angriffe auf Bonn das Klima der Zusammenarbeit zu verschlechtern. Dies nützt unserem Lande nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Wirtschaftsminister, wir haben ja gestern im Wirtschaftsausschuß zusammen mit dem Haushalts- und Finanzausschuß bereits eine ganze Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz erörtert. Ich stelle hier für die CDU-Fraktion gern noch einmal fest, daß wir die Gewährung aller der Mittel, die es von Bonn dafür gibt, und die ergänzende Finanzierung, die das Land bereitstellen muß, unterstützen. Uns liegt sehr daran, daß die konkreten Projekte schnell zu laufen beginnen. Das haben wir gestern, wie ich meine, durch unser Abstimmungsverhalten deutlich gemacht.

Wir müssen jedoch mit Ihnen noch einmal darüber reden: Wie halten Sie denn angesichts der Konstruktion, die in diesem Landeshaushalt für die Umsetzung gewählt worden ist, die Haushaltsklarheit für unseren Ausschuß weiterhin für gegeben?

(Kuhl (F.D.P.): Jetzt gehen sie auf Tauchstation! - Heiterkeit bei der CDU)

(B)

Gestern haben Sie erklärt, Sie könnten uns die Informationen nicht geben, die wir dringend haben wollten, um den Vollzug zu beurteilen. Das verwundert mich insofern, als zumindest die Staatskanzlei dem DGB gegenüber signalisiert, sie würde prüfen, und der DGB würde laufend unterrichtet, welche von den ZIM-Projekten über die Gemeinschaftsaufgabe finanziert werden können.

(Schauerte (CDU): Gewerkschaften sind eben wichtiger als das Parlament! Trotz Lafontaine! - Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Ich hätte zumindest - zumindest! - gern den zeitlichen Gleichlauf. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß ich für das Parlament reklamiere, die Unterrichtung sollte ein Stück früher sein.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ich meine, Sie müßten für sich, für Ihre Person noch einmal überdenken, ob Sie die

Auffassung der Staatskanzlei teilen, daß die Umsetzung planmäßig verläuft, oder ob Sie - ich will das einmal so ausdrücken - quengelig und nörgelig wie ein Kind, das man nicht mitspielen läßt, danebenstehen, wenn Leister und Schäuble ihre Erklärung zum Vollzug abgeben. (C)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Denn eines können wir nicht gebrauchen - -

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Ja, ich sage das ganz offen, Herr Minister: Wir haben als Ergebnis der Ruhrgebietskonferenz die Aufbruchstimmung. Wir möchten sie erhalten. Wir möchten die Umsetzung möglichst schnell und - Hagen Tschöeltsch hat es unterstrichen - möglichst unbürokratisch, und das bei sinnvollen Projekten! Die Landesregierung hatte ja eine Methode entwickelt, sinnvolle Projekte herauszufinden; so haben wir ZIM immer begriffen.

Bei der Frage der Finanzierung haben Sie vorgetragen, Sie bündelten viele Programme, die es schon bisher im Lande gibt. Ich bin sicher, auch Teile der SPD-Fraktion haben immer geglaubt, ZIM sei etwas Besonderes. Jetzt müssen sie erleben: ZIM war eine Methode - eine gute Methode; wir haben sie sogar gemeinsam im Landtag gefordert -, sinnvolle Projekte zu identifizieren. Wirtschaftsausschuß und Parlament müssen darauf bestehen, daß bei der Umsetzung die Durchschaubarkeit des Haushalts für uns zumindest in Ansätzen erhalten bleibt. Wir sind da aus der Vergangenheit nicht gerade verwöhnt; aber wir möchten, daß das, was im Haushaltsvollzug abläuft, nicht durch ZIM und durch die vereinbarte Hilfe für das Ruhrgebiet verschleiert wird. (D)

(Schauerte (CDU): Das ist ja wie dichter Nebel! Wenn das Herr Antwerpes wüßte!)

Herr Wirtschaftsminister, wir hätten gerne noch etwas von Ihnen! Sie sind acht Jahre im Amt und müssen sich einen Großteil der Probleme, die dieses Land im Bereich der Wirtschaft hat - worüber viele in der Wirtschaft Verantwortliche klagen - schlicht anrechnen lassen. Nun bin ich noch dazu bereit, Ihnen zuzugeben, daß die Begrenzungen, die Sie erfahren, auch durch die Grenzen des Ministerpräsidenten in diesem Feld definiert werden.

(Schauerte (CDU): Ja, sehr enge Grenzen!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Ich bin nicht bereit hinzunehmen, daß Sie Erkenntnisse, die Sie über Zusammenhänge, über mutmaßliche Entwicklungen haben, der Öffentlichkeit vorenthalten und wider besseres Wissen Dinge vortragen, von denen Sie - das nehme ich tatsächlich zu Ihren Gunsten an - selber gar nicht überzeugt sind. Sie sollten heute, weil dies ein Beitrag ist, die Aufbruchstimmung zu erhalten, Wahrheit und Klarheit nicht nur bei Etatpositionen, sondern auch beim Argumentieren, was die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes angeht, hier durchhalten. Ich sage Ihnen, wenn Sie das - auch in schwierigen Fragen der Landeswirtschaftspolitik - tun, die Unterstützung der Opposition zu. Denn wir wollen tatsächlich die wirtschaftliche Erneuerung. Wenn Sie innerhalb des Kabinetts die Kraft aufbringen könnten, das, was Sie wissen und wovon Sie persönlich überzeugt sind, auch mehrheitsfähig zu machen, dann hätten Sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Westermann für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr!

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß gestehen, ich bin persönlich ein wenig überrascht über den Verlauf der Diskussion zum jetzigen Nachtragshaushalt. Ich dachte, wir hätten über die Inhalte geredet. Aber was wir bis jetzt gehört haben, ist eigentlich nur das Gemäkele über die Finanzierungsseite und über die mögliche Abwicklung von Maßnahmen.

(B)

(Frau Thoben (CDU): Das ist aber interessant!)

Ich würde mir wünschen, Sie sagten intensiver noch etwas zu dem, was an arbeitsplatzschaffenden und die Infrastruktur verbessernden Maßnahmen im Nachtragshaushalt enthalten ist. Ich glaube, dieses Thema wäre es wert, daß man sich darüber unterhält.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Westermann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Westermann (SPD): Wenn es sein muß!
- Heiterkeit bei der SPD)

- Bitte sehr!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Westermann, so von Sauerländer zu Sauerländer gefragt: Sind Sie in der Lage zu erkennen, daß wir über die Inhalte des Nachtragshaushalts, was das Ruhrgebietsprogramm und seine Umsetzung betrifft, überhaupt keine Differenzen haben?

(C)

Westermann (SPD): Wenn es sich so verhält, dann ist es ja gut. Aber dann wäre es auch gut und schön, wenn Sie dies am Rednerpult einmal verdeutlichen würden, nicht wahr!

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Das tun wir doch!)

Mich erstaunt es schon, daß Sie hier nur kritisieren und mäkeln. Gerade haben wir wieder von CDU und F.D.P. das Lied über die Schulden des Landes gehört. Ich glaube, bei diesen ganzen Klagen vergessen Sie, daß sich die Zeiten mittlerweile verändert haben. Das Schuldenlied haben Sie angestimmt, als wir in Nordrhein-Westfalen eine relativ hohe Verschuldung hatten und sich Herr Stoltenberg noch auf strammem Sanierungskurs befand. Inzwischen hat sich die finanzielle Lage entscheidend verändert. Nordrhein-Westfalen hat die Nettokreditaufnahme von 10 Milliarden auf 5,6 Milliarden DM heruntergeführt und kommt jetzt mit den zusätzlichen 400 Millionen wieder auf 6 Milliarden DM. Aber Herr Stoltenberg ist mittlerweile dabei, alle Schallmauern der Verschuldung zu durchbrechen, und er erreicht neue Verschuldungshöhen, die es bisher in der Bundesrepublik überhaupt nicht gegeben hat! Deshalb ist Ihre Klage hier heute über die zusätzlichen 400 Millionen DM angesichts der 10 Milliarden DM, die Herr Stoltenberg demnächst in den Nachtragshaushalt einbringen muß, reine Heuchelei.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Dann ist ja noch entscheidend, wofür man letztendlich das Geld ausgibt.

(Zuruf des Abg. Weiss (CDU))

Da stellen wir fest: Wenn Herr Stoltenberg Kredite aufnehmen kann, um Steuergeschenke zu finanzieren, dann ist es recht und billig, wenn wir 400 Millionen DM zusätzlich aufnehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ein weiterer Punkt in der Diskussion war dann die Frage: Können wir denn dieses neue Programm entweder durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme oder durch Einsetzen von

(Westermann (SPD))

- (A) höheren Steueransätzen finanzieren? Ich halte diesen Streit eigentlich für schrecklich müßig. Es ist auch nur ein Scheingefecht, das hier geführt wird.

Der Finanzminister geht vorsichtig vor. Er sagt: Ich nehme keine Steuerschätzungen oder mache meine eigenen, die unrealistisch sind, und muß dann morgen noch einmal einen Nachtragshaushalt machen. Er geht vielmehr von vorsichtigen Zahlen aus. Sie wollen optimistische Zahlen. Nur, wie sieht es denn unter dem Strich aus? Egal, wo wir es einsetzen, bei der Kreditaufnahme oder bei den Steuerschätzungen, ausgegeben wird doch im Nachtragshaushalt nur das, was an Ausgabe-positionen darin steht. Deshalb ist auch dieses, was Sie vorführen, nur ein Ablenken und eine Kleinkrämerei.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich dann noch daran denke, was Frau Thoben auch gerade wieder zur Zukunftsinitiative vorgetragen hat, und wenn wir sehen, was wir schon an Diskussionen darüber geführt haben, auch in den Ausschüssen, habe ich das Gefühl, Sie wollen überhaupt nicht schlauer werden. Entweder kapieren Sie es nicht oder Sie wollen es nicht kapieren.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es ist doch peinlich, was an Fragestellungen dort läuft und was wir auch gestern wieder in der gemeinsamen Sitzung von Haushalts- und Finanzausschuß und Wirtschaftsausschuß erleben mußten.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU) - Unruhe)

Ich vermute eher, meine Damen und Herren, es ärgert Sie, daß die Zukunftsinitiative von der Landesregierung durchgeführt und daß sie jetzt von uns allein finanziert wird. Es ist Ihnen peinlich, daß Bonn die Zukunftsinitiative nicht mitfinanziert. Deshalb fangen Sie immer an zu mäkeln, um es im Detail niederzureden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie vorhin gesagt haben, Frau Thoben, wir brauchen eine Aufbruchstimmung in unserem Lande: Was machen Sie denn mit Ihren ständigen kleinkarierten Mäkeleien an der Zukunftsinitiative? Da machen Sie doch genau das Gegenteil von dem, wovon Sie

reden. Das ist doch nicht ehrlich, was Sie da erzählen. (C)

(Beifall bei der SPD - Frau Thoben (CDU): Sie meinen den Wirtschaftsminister!)

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Anmerkungen zum Nachtragshaushalt! Die Landesregierung hat ihn eingebracht, und dadurch wird ermöglicht, daß noch 1988 520 Millionen DM in die Montanregionen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung neuer Arbeitsplätze fließen. Für die regionale Wirtschaftsförderung stehen damit noch in 1988 160 Millionen DM zur Verfügung, für das EG-Programm RESIDER 66,6 Millionen DM und für die Zukunftsinitiative 293,4 Millionen DM.

Berücksichtigt man, daß der Bund 1988 überhaupt kein Bargeld gibt und von der EG lediglich 33,3 Millionen DM fließen, dann finanziert Nordrhein-Westfalen in 1988 allein einen Betrag von 486,7 Millionen DM. Dies ist angesichts unserer Finanzlage ein finanzieller Kraftakt. Damit ist aber sichergestellt, daß auch kurzfristig etwas zur Verbesserung der Infrastruktur und für mehr Arbeitsplätze im Ruhrgebiet getan werden kann.

Zur Vorlage des Nachtragshaushalts sage ich noch einmal: Wir begrüßen es ausdrücklich, daß die Landesregierung so schnell und so zügig reagiert hat. Sie alle kennen die Zeitabläufe: die Kanzlerrunde, die Beschlüsse des Planungsausschusses, aber auch das Abwarten der Ergebnisse der letzten Steuerschätzung. Als das vorlag, ist sofort gehandelt worden. Da können Sie nun kleinkariert mit uns streiten, ob es sinnvoll war, daß wir am Montag noch einen Extratag für die Lesung des Haushalts eingelegt haben, oder ob wir das von heute bis Freitag hätten tun sollen. (D)

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Dorn (F.D.P.): Sie hätten sowieso lieber nur eine Akklamation statt eine Beratung gehabt!)

Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Landesregierung so schnell, wie es überhaupt möglich war, den Nachtragshaushalt erstellt und vorgelegt hat; und darüber freuen wir uns.

(Anhaltende Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist richtig, was Sie, Herr Schauerte, gesagt haben, daß Zeit Geld ist; das haben Sie am Montag gesagt.

(Schauerte (CDU): Auch heute!)

(Westermann (SPD))

- (A) Aber wenn Bonn seine 80 Millionen DM für die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung erst ein Jahr später zur Verfügung stellt, dann muß man fragen: Erkennen die das auch? Warum handeln sie nicht nach dem gleichen Motto und dem Prinzip, das sie selbst aufgestellt haben? Wenn Bonn 1988 nur Verpflichtungsermächtigungen und erst 1989 Geld gibt, zeigt das, daß die guten Einsichten, die Sie hier haben, noch nicht den Weg bis nach Bonn gefunden haben.

(Schauerte (CDU): Herr Westermann!)

Wenn wir im Landtag immer davon sprechen, wie wichtig auch vorausschauende Strukturpolitik ist - das ist ja von den Oppositionsparteien oft genug angemahnt worden, frühzeitig etwas zu tun -, dann entspricht es dieser vorausschauenden Strukturpolitik sicherlich nicht, wenn Bonn erst ein Jahr später seine Mücken rüberschickt. Hier zeigt sich wieder einmal: Andere reden von aktiver Strukturpolitik, wir in Nordrhein-Westfalen handeln danach.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal dem Wirtschaftsminister und seinen Mitarbeitern ein dickes Kompliment machen, nicht nur, weil der Wirtschaftsminister heute Geburtstag hat. Sowohl bei der Aufstellung der Zukunftsinitiative im Juli vergangenen Jahres und der nachfolgenden Umsetzung

(Weiterhin anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B)

als auch bei der Einbeziehung der Montanregionen in die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung ist immer schnell und unverzüglich gearbeitet worden. Wir haben es doch gesehen: Sobald sich neue Sachstände ergaben, bekamen wir im Wirtschaftsausschuß neue Vorlagen. Ich bin sicher, daß ohne das ständige Drängen des Wirtschaftsministers auf Gleichbehandlung mit den Küstenländern die Beschlüsse der Kanzlerkonferenz im Februar nicht so ausgesehen hätten, wie sie jetzt aussehen. Hierfür sage ich dem Minister und seinen Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Im vorliegenden Nachtragshaushalt sind vornehmlich wirtschaftliche Maßnahmen enthalten, auch wenn sie nicht allein im Einzelplan 08 stehen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, daß die CDU bei den gestrigen Ausschußberatungen auch dem Etatteil des Wirtschaftsministers zugestimmt hat. Sie hat damit ja gesagt zur Bereitstellung der Investitionsförderungsmittel

der regionalen Wirtschaftsförderung für die Arbeitsmarktregion Aachen und die Montanregionen sowie zu dem RESIDER-Programm der EG. (C)

Wenn man aber zu diesem Förderungsprogramm ja sagt, dann ist es unverständlich, daß Sie die zusätzlichen sechs Mitarbeiter, die gebraucht werden, um das umzusetzen, abgelehnt und sich gegen die Aufnahme in den Nachtragshaushalt ausgesprochen haben.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Westermann, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

Westermann (SPD): Lassen Sie mich eben den Satz zu Ende führen. - Wenn Sie also schon für die Programmmittel und für diese Programmteile sind, dann sollten Sie auch so konsequent sein, das Personal dafür zur Verfügung zu stellen, damit es umgesetzt werden kann, und sich nicht hier in den Landtag stellen und fragen: Wann wird es denn konkret?

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Thoben, bitte schön!

Frau Thoben (CDU): Herr Westermann, würden Sie mir zugeben, daß wir genau diese Frage gestern im Wirtschaftsausschuß zusammen mit dem Haushalts- und Finanzausschuß beraten haben und daß ich vorgetragen habe - dem müssen Sie eigentlich zustimmen -, daß wir bisher Kürzungen in verschiedenen Förderungsprogrammen nie zum Anlaß genommen haben, Stellenstreichungen vorzunehmen? Jetzt wird eine Ausweitung des Fördervolumens beantragt, und schon brauchen Sie neue Stellen. Finden Sie das nicht inkonsequent? (D)

Westermann (SPD): Das finde ich überhaupt nicht inkonsequent. Sie wissen, daß im Rahmen der Aufgabenkritik auch beim Wirtschaftsminister einerseits Aufgaben zurückgegangen sind, andererseits sind Aufgaben gewachsen und es hat auch schon Personalveränderungen und Personalverschiebungen gegeben. Aber wenn es sich jetzt herausstellt, daß sich zum Beispiel bei der Gemeinschaftsaufgabe die Mittel allein in diesem Jahr verdreifachen, dann kann man das doch nicht mit dem gleichen Personal machen. Und dann ist es inkonsequent, wenn Sie zwar zu den Mitteln ja sagen, aber zu dem für die Verteilung der Mittel notwendigen Personal nein.

(Zurufe von der CDU - Frau Thoben (CDU): Das läuft doch im Bankenverfahren; das wissen Sie doch!)

(Westermann (SPD))

(A) - Gemeinschaftsaufgabe? Das wäre mir neu!

Bei aller Einmütigkeit der großen Parteien des Landtags über den Einzelplan 08 darf aber nicht vergessen werden, daß sich der Bund bisher seiner Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Zukunftsinitiative Montanregionen entzogen hat. Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur hatte sich am 5. November 1986 bei der Beschlußfassung der Hilfen für die Küstenländer ausdrücklich zum Gleichbehandlungsgrundsatz bekannt. Auch der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 17. März 1987 zugesagt, die Montanregionen würden mit den Küstenländern gleichbehandelt. Wir bedauern, daß diese Gleichbehandlungszusage für Nordrhein-Westfalen bisher nicht eingelöst worden ist.

Was hätte Gleichbehandlung bedeutet? Die Küstenländer haben bei 10 000 bedrohten Arbeitsplätzen in der Werftindustrie Hilfen vom Bund bekommen, nämlich 120 Millionen DM im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe und 300 Millionen DM Infrastrukturhilfen nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes.

Bei Anwendung der gleichen vom Bund selbst gesetzten Maßstäbe und bei echter Gleichbehandlung hätte das für Nordrhein-Westfalen bedeutet: fünfmal soviel Gemeinschaftsaufgabemittel, also 600 Millionen DM - das ist ungefähr realisiert -, aber darüber hinaus fünfmal 300 Millionen DM Infrastrukturbeihilfen, gleich 1,5 Milliarden DM. Wir stellen fest, daß in diesem Bereich überhaupt nichts geflossen ist; deshalb kann man hier von der Erledigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, wie sie der Bundeskanzler im März vergangenen Jahres zugesagt hat, nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn deshalb die Zukunftsinitiative Montanregionen nicht im vorgesehenen Umfang - im Programm waren viermal 500 Millionen DM vorgesehen -, sondern nur mit unseren eigenen reduzierten Mitteln stattfinden kann, dann trägt dafür die Bundesregierung die volle Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelmaßnahmenkatalog, der auf der Montankonferenz am 24. Februar verabschiedet worden ist, ist auch kein Ersatz für die ausfallenden Infrastrukturbeihilfen. Lassen Sie mich zu diesem Katalog der Einzelmaßnahmen nur sagen: Wir würden uns wünschen, daß die Bundesregierung die Einzel-

maßnahmen genauso schnell umsetzt, wie die Landesregierung das mit ihrem Nachtragshaushalt getan hat.

(Dorn (F.D.P.): Das fehlte uns noch!)

Auch wenn Kanzleramtschef Schäuble und der Chef unserer Staatskanzlei eine insgesamt positive Zwischenbilanz gezogen haben, darf nicht übersehen werden, daß einiges viel zu schleppend verläuft. Wenn Sie den optimistischen Bericht von Herrn Schäuble sehen, daß das alles in Nordrhein-Westfalen gut laufe, sage ich nur, es ist auch nicht so ganz ehrlich, was da berichtet wird. Denn im gleichen Atemzug sagt Schäuble, Nordrhein-Westfalen sei federführend für die Abwicklung und der Bund sei nur subsidiär tätig. Herr Schäuble baut bereits die Entschuldigung dafür auf, wenn es eines Tages mit den Maßnahmen zu langsam vorangehen sollte. Im Interesse der Montanregion können wir nur fordern, daß sowohl die finanziellen Hilfsprogramme als auch die Infrastrukturmaßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog schnellstmöglich umgesetzt werden. Da gibt es sicherlich noch einigen Beschleunigungsbedarf.

(Dorn (F.D.P.): Bringen Sie mal die Landesregierung auf Trab!)

- Das hat mit der Landesregierung nichts zu tun, Herr Dorn.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie das erzählen, haben Sie keine Ahnung.

Ich will Ihnen gern einige Beispiele bringen, wo es noch hapert.

Erstens: Da sind zusätzliche Städtebauförderungsmittel für das Ruhrgebiet zugesagt worden, aber im Bundeshaushalt stehen weder die zusätzlichen Mittel zur Verfügung, noch denkt der Bund an eine Umverteilung der bisher geltenden Quoten auf die Länder. Wenn aber kein zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt wird, ist aus diesem Programm kein weiterer Impuls zu erwarten. Da muß man schon etwas Geld zulegen, damit das umgesetzt werden kann.

Zweitens: Alle Maßnahmen, die mit der Deutschen Bundesbahn zusammenhängen, laufen bisher nur sehr schleppend. Da ist bisher überhaupt noch nichts passiert. Die 400 000 m² Grundstücke im Bundesgebiet, die zur Verfügung gestellt werden sollen, stehen nicht zur Verfügung. Der Ausbau der Strecken, der verabredet worden ist, kommt nicht voran. Der Umbau des Rangierbahnhofs

(C)

(D)

(Westermann (SPD))

- (A) in Duisburg-Wedau und der Ausbau des Hauptbahnhof Duisburg sowie der Bau eines Containerterminals wie auch die Anbindung des Duisburger Hafens sind noch nicht vorangekommen.

(von Unger (CDU): Aber natürlich sind sie vorangekommen!)

- Ach, das ist doch Quatsch! Es ist ausdrücklich zwischen den beiden Kanzleramtsministern vereinbart worden, daß, weil man nicht zu Potte kommt, ein Spitzengespräch zwischen dem Bundesverkehrsminister, dem Landesverkehrsminister und der Deutschen Bundesbahn stattfinden soll. Da können Sie doch nicht davon reden, daß wir schon wunder wie weit wären, wenn die Verhandlungspartner feststellen, daß es notwendig ist, daß sich die Spitzenleute an einen Tisch setzen. Dazu können wir nur sagen, das muß schneller passieren. Da muß die Bundesbahn, die letztlich ein Bundesunternehmen ist, gedrängt werden, damit wir voran kommen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. von Unger?

(Westermann (SPD): Ja!)

- Bitte sehr, Herr von Unger!

- (B) von Unger (CDU): Herr Westermann, zählt bei Ihnen zum Durchführungszeitraum nicht die Planung dazu, und sind Sie bereit nachzurechnen, daß seit der Konferenz bis heute erst so wenige Monate ins Land gegangen sind und daß bislang in einer solchen Zeit noch keine Bundesbehörde eine solche Planung zum Abschluß gebracht hat und erst recht keine Landesbehörde?

Westermann (SPD): Herr von Unger, ich war erst vor wenigen Tagen in Ihrer Heimatstadt. Da wurde das ausdrücklich begrüßt, was für die Stadt getan werden soll. Aber gleichzeitig wurde angemahnt, daß bisher noch nichts geschehen ist. Das gebe ich Ihnen hiermit so zur Kenntnis. Sie können aber auch Ihren Oberbürgermeister oder Ihren Oberstadtdirektor fragen, die werden Ihnen sicherlich das gleiche sagen.

(von Unger (CDU): Ich werde die Kritik weitergeben!)

Drittens: Zur Erweiterung der Fraunhofer-Institute in Duisburg, Dortmund und Aachen stehen bisher noch keine zusätzlichen Bundesmittel zur Verfügung, das heißt, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind noch nicht geschaffen, und auch die Umset-

- zung der Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung und der Sicherung von Ausbildungsplätzen ist noch völlig unklar. Es ist ja vereinbart worden, daß die Ausbildungskapazitäten bei Krupp Rheinhausen erhalten bleiben sollen, und es ist vereinbart worden, daß weitere überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen. (C)

Aber dann müssen Sie einmal die Zeitung lesen: Herr Möllemann kämpft zur Zeit noch mit Herrn Stoltenberg, damit das Geld dafür zur Verfügung gestellt wird. Wir können Herrn Möllemann eigentlich nur wünschen, daß er sich dabei gegenüber Herrn Stoltenberg durchsetzt, damit das, was in der Kanzlerrunde vereinbart worden ist, überhaupt finanziell abgesichert ist. Auch da sehen Sie, daß die Umsetzung noch klemmt.

Es geht doch darum, jetzt wirklich schnell zu handeln. Wir tun das mit dem Nachtragshaushalt. Bitte, sorgen Sie aber auch über Ihre Parteischiene in Bonn dafür, daß das auf Bundeseite entsprechend geschieht.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen; aber ich glaube, es ist deutlich geworden: Es geht nicht etwa um das Klagen, sondern darum, daß wirklich etwas forciert werden muß. Unser Land braucht die Erneuerung jetzt. Die Impulse müssen jetzt kommen. Dabei kann man nicht möglicherweise auf Wahlkampftermine schauen, sondern es muß kurzfristig und zügig gehandelt werden!

- Der vorliegende Nachtragshaushalt ist die Antwort der Landesregierung auf die strukturellen Herausforderungen bei Kohle und Stahl; aber Strukturfragen treten dann besonders deutlich zutage, wenn die konjunkturelle Entwicklung in einem Lande unzureichend ist. Deshalb lassen Sie mich auch ein paar Anmerkungen zur Konjunktorentwicklung in der Bundesrepublik machen. (D)

Zwar verzeichnen wir ein geringes Wirtschaftswachstum; aber dieses Wirtschaftswachstum reicht ja bei weitem nicht aus, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Nach wie vor sind allein in der offiziellen Statistik 2,1 Millionen Menschen ohne Arbeit registriert. Die Bundesregierung nimmt nach wie vor ihre Verpflichtung nach dem Stabilitätsgesetz nicht wahr. Diese Bundesregierung, die mit großen Vorschußlorbeeren wegen ihrer angeblichen wirtschaftlichen Kompetenz bedacht wurde und die versprochen hatte, die Arbeitslosigkeit abzubauen, hat auf diesem Sektor bisher kläglich versagt.

Wenn Sie schon auf uns nicht hören, sollten Sie wenigstens die kritischen Stimmen im

(Westermann (SPD))

- (A) eigenen Lager nicht ignorieren. Sie reichen von der Industrie über den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bis hin zu den Sozialausschüssen der CDU, die noch vor wenigen Tagen gefordert haben, Bonn müsse mehr gegen die Arbeitslosigkeit tun.

Es ist kein Zeichen wirtschaftspolitischer Kompetenz, wenn Herr Wissmann von der CDU und Herr Kraus von der CSU ihre "Neuen Grundsätze der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik" vorstellen und dann - hört, hört! - eine Neugestaltung der Arbeitslosenstatistik fordern. Kläglicher kann meines Erachtens eine Regierungspartei nicht den Offenbarungseid ablegen und damit eingestehen, daß sie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit resigniert hat, wenn ihr nichts weiter einfällt, als die Arbeitslosenstatistik zu korrigieren.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, nicht die Arbeitslosenstatistik, sondern die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen!

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Solange die Bundesregierung bei der Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit mit ihrer schlechten Konjunkturpolitik versagt, müssen wir uns in Nordrhein-Westfalen mit verstärkten Anstrengungen der Bekämpfung unserer strukturellen Arbeitslosigkeit widmen. Diesem Zweck dient der Nachtragshaushalt 1988, dem meine Fraktion zustimmt.

- (B) Lassen Sie mich abschließend nur noch ein paar Sätze zu den vorliegenden Anträgen sagen. Wir haben sie ja gestern in der gemeinsamen Sitzung der beiden Fachausschüsse, des Wirtschaftsausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses, beraten. Wir haben dabei deutlich gemacht, daß der Großteil der von der CDU vorgelegten Anträge keine Verbesserung des Nachtragshaushalts bedeutet, und haben sie deshalb fast ausschließlich abgelehnt.

Zu zwei Bereichen möchte ich aber noch Anmerkungen machen, und zwar zunächst zu dem Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 10/3316. Hierbei geht es um die Zuweisung der Planungsmittel für den Straßenbau an die Landschaftsverbände. Von der CDU wird in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, für welche Art von Planungsleistungen die Mittel eingesetzt werden sollen.

Hierzu möchte ich sagen, daß die Meinungsbildung in der SPD-Fraktion noch nicht abgeschlossen ist und wir deshalb darum bitten und beantragen, diesen Antrag heute

noch nicht zu verabschieden, sondern das in der dritten Lesung zu tun, weil wir möglicherweise zu einem Konsens kommen könnten. (C)

Lassen Sie mich dann zu einem anderen Punkt noch etwas sagen: Wir werden in der dritten Lesung des Haushalts einen Antrag auf 50 Stellen für Zusatzpersonal zur Verstärkung des Fluggastkontrolldienstes einbringen, damit die vorgegebenen Abflugzeiten auf den Flughäfen Köln und Düsseldorf eingehalten werden können.

Hier, das muß ich sagen, hat gestern in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses eine Posse stattgefunden; obwohl eigentlich niemand bestreiten kann, daß eine personelle Verstärkung auf den Flugplätzen nötig ist und daß hier etwas getan werden muß, damit der Flugverkehr nicht behindert wird, hat die Opposition die Chance genutzt, diesen Antrag, der eigentlich im Ausschuß abschließend hätte behandelt werden können, mit 9 : 9 Stimmen abzulehnen.

Ich finde, es ist eigentlich ganz kleinkariert, wenn man wegen eines momentanen Abstimmungs-vorteils einen Antrag ablehnt, obwohl Sie eigentlich selber hätten überzeugt sein müssen, daß er in der Sache richtig ist.

(Zuruf von der CDU: Selber kleinkariert!)

Aber wir werden diesen Antrag am Freitag in der dritten Lesung des Haushalts mit einbringen. Ich möchte ihn hier nur noch einmal ankündigen. (D)

Die SPD stimmt diesem Nachtragshaushalt in der zweiten Lesung zu.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Jochimsen das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Anmerkungen machen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wer diese Debatte eben verfolgt hat, der muß sich die Augen reiben über das, was gestern im Haushalts- und Finanzausschuß als Ergebnis herausgekommen ist und was ich außerordentlich begrüße: daß nämlich mit Zustimmung der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion der Einzelplan 08 in

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) der durch den Nachtragshaushalt geänderten Fassung angenommen worden ist. Ich begrüße das ausdrücklich!

(Weiss (CDU): Sehr schön! - Schauerte (CDU): Das war ein Signal!)

- Deshalb wollte ich ja ein paar Worte zu dem sagen, was dieses Signal angeht.

Ich finde, daß dieses auch eine Chance für uns bedeuten könnte, überzeugend die Aufbruchstimmung gemeinsam zu nutzen. Dazu möchte ich auffordern!

(Schauerte (CDU): Deswegen keine Schulden!)

Ich möchte als Zweites sagen: Dank auch für die nüchterne Beurteilung der Fortschritte, die

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

der Chef des Bundeskanzleramtes und der Chef der Staatskanzlei bei der Umsetzung der Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz erreicht haben.

Das muß man nämlich nüchtern betrachten. Ich weise alle Unterstellungen, hier würde gemäkelt oder so etwas, zurück. Es geht um eine Beurteilung der einzelnen Sachverhalte. Ich habe in der Ausschußausprache festgestellt, daß da auch keinerlei Differenzen vorlagen. Ich lege nämlich Wert darauf, daß ich gestern dem Abgeordneten Dorn seine Fragen aus der ersten Lesung des Haushalts umfassend beantwortet habe. Die werde ich deshalb hier jetzt auch nicht wiederholen.

- (B)

Ich möchte aber etwas zum Stichwort Projekte sagen. Meine Damen und Herren von der Opposition, hier werden die Argumente völlig verdreht. Zunächst haben Sie argumentiert: Legen Sie die Projekte vorher vor, damit wir sie gemeinsam begutachten und gegebenenfalls genehmigen oder nicht genehmigen. Jetzt geht es um die nachträgliche Kontrolle. Das ist selbstverständlich. Denn das, was von der Bundesregierung selbst vorgeschlagen worden ist, das Ihre Zustimmung gefunden hat, nämlich die Aufstockung der regionalen Wirtschaftsfördermittel um 800 Millionen DM und der Resider-Mittel um 200 Millionen DM, EG und Land jeweils die Hälfte - das hat Programmcharakter. Darum gibt es keine Projektkontrolle.

Und Sie müssen lernen, daß dieses auch bei den Mitteln in Einzelplan 14 nicht der Fall ist. Aber, daß Sie darüber nachträglich unter-

- richtet werden müssen, ist selbstverständlich, das habe ich Ihnen auch zugesagt. (C)

Kommen wir doch bitte zu dem, was wir, Frau Kollegin Thoben, Herr Tschoeltsch, einvernehmlich in diesem Landtag am 25. März 1987 beschlossen haben, nämlich ein integriertes Programm für die Montanregion, wo die Anstrengungen der Bundesregierung, der Landesregierung und der EG zusammenfließen sollen. Und genau dieses haben wir aufgestellt.

Wenn ich Ihnen jetzt sage, daß wir diesen Rahmen erst ausfüllen können, nachdem er wirklich festliegt und die 520 Millionen DM sich aufschlüsseln lassen - und zwar in 160 Millionen DM Aufstockung der regionalen Sonderprogramme Montanregion, 30 Millionen DM für Aachen-Jülich, 66 Millionen DM für Resider und rund 290 Millionen DM für die Zukunftsinitiative Montanregionen, im Einzelplan 14 als Verstärkungsmittel etatisiert -, dann werden Sie mir recht geben, daß erst nach der Entscheidung, die am 14. April im Planungsausschuß gefallen ist, die Arbeit beginnen konnte und daß sie jetzt noch nicht abgeschlossen sein kann. Sie verlangen hier etwas Unmögliches von der Regierung.

Aber ich sage Ihnen ausdrücklich zu: Wir werden Ihnen im Herbst einen umfangreichen Bericht vorlegen,

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

der die bewilligten Projekte im einzelnen enthalten wird und dabei auch in geeigneter Weise die Frage mit beantwortet wird, wie sich da die Finanzierung insgesamt darstellt. (D)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Ich halte damit fest, daß die offenen Fragen, die in der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem Wirtschaftsausschuß gestellt worden sind, zu drei Vierteln von mir in der Sitzung dort beantwortet worden sind. Ich habe eben die Antworten noch einmal zusammengefaßt. Zu dem weiteren Viertel habe ich Ihnen zugesagt, daß ich die Hälfte davon im Herbst beantworten werde.

Die übrigen Fragen gehen so an der Sache vorbei, daß Sie sich meiner Beantwortbarkeit entziehen, wie auch diese Debatte leider wieder gekennzeichnet ist durch ein Maß an Verunklarung durch die Fragestellungen und durch ein Maß an Unvermögen, das nachzuvollziehen, was verabredete Bund-Länder-Förderpraxis ist, zum Beispiel bei der Gemeinschaftsaufgabe, daß man sich darüber nur wundern kann.

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Ich möchte gerne das Signal aufgreifen, das die Opposition hier ausgesprochen hat, und zwar mit der Zustimmung zu Einzelplan 08, die hier für die CDU-Fraktion angekündigt worden ist. Die F.D.P. hat sich auch hier in der zweiten Lesung noch nicht erklärt. Ich meine, diese Zustimmung sollte sich auch auf den Einzelplan 14 erstrecken, was die Aufstockungsmittel der Zukunftsinitiative angeht. Denn die Zukunftsinitiative Montanregionen ist für uns ein gemeinsames Dach über eine Vielzahl von Aktivitäten.

Sie werden widersprüchlich, wenn Sie den regionalen Wirtschaftsfördermitteln zustimmen, aber den Verstärkungsmitteln der Zukunftsinitiative im Einzelplan 14 nicht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Harbich für die Fraktion der CDU.

Harbich (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen zu den beiden Positionen des Nachtragshaushaltes im Einzelplan 07, in den Kapiteln 07 120 und 07 510, die Auffassung meiner Fraktion vorzutragen und unseren Änderungsantrag - Drucksache 10/3309 - zu begründen.

Lassen Sie mich das Ergebnis vorwegnehmen. Den Neubau in der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Unna-Massen begrüßen wir, weil er bei der schon eingetretenen und auch noch auf Jahre anhaltenden Entwicklung der Aussiedlerzahlen unabweislich nötig ist.

(B)

Die Errichtung des Instituts "Arbeit und Technik" lehnen wir jedoch ab.

Meine Damen und Herren, daß wir noch mit dem Zugang von mehreren hunderttausend deutschen Aussiedlern aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den Ostblockstaaten zu rechnen hatten, war Sachkundigen bekannt. Wir wissen nämlich, daß rund 3,5 Millionen Deutsche in diesen Gebieten leben. 350 000 Aussiedlungswillige sind uns namentlich bekannt.

Daß sie aber nach der Lockerung im Osten sofort in so großer Zahl zu uns kommen würden, hat uns alle überrascht. Die Verdoppelung der Aussiedlerzahlen im Vergleich zum Vorjahr hat Probleme bei der Registrierung, Beratung und Betreuung gebracht.

Es ist daher unbedingt erforderlich, diese für die Eingliederung wichtigen, oft bürokratisch erscheinenden Verfahren in Unna-Massen

abzuwickeln, weil nur dort die umfassenden Fach- und Sprachkenntnisse bei den betreuenden Beamten vorhanden sind. Leider haben viele dieser Aussiedler nur noch lückenhafte deutsche Sprachkenntnisse, weil ihnen die Muttersprache verboten war. Sachkundige Dolmetscher stehen aber nicht überall zur Verfügung. Monatlanges Warten mit der Vorenthaltung berechtigter Leistungsansprüche wäre dann die Folge.

(C)

Die schnelle persönliche und berufliche Eingliederung ist aber gerade gegenüber diesen Deutschen, die an den Kriegsfolgen besonders hart und lange gelitten haben, nicht nur unsere rechtliche, sondern auch unsere moralische Verpflichtung.

Den Neubau eines Dienstgebäudes für das Institut "Arbeit und Technik" und die Errichtung dieses Instituts können wir jedoch nicht mittragen, weil wir jede zusätzliche kostenträchtige Infrastrukturmaßnahme - wie bereits dargelegt - vermieden wissen möchten. Wir haben schon früher, insbesondere bei den Haushaltsberatungen, darauf hingewiesen, daß die dem Institut zugedachten Sachaufgaben besser und fachlich kompetenter von Hochschulen unseres Landes erbracht werden können.

Wir alle betonen mit Recht - und der Ministerpräsident hat es heute von dieser Stelle aus getan - die Vielfalt und Leistungsfähigkeit unserer Hochschullandschaft. Wenn die Landesregierung die Aufgabenstellung dieses Institutes mit dem Anspruch verbindet, ein Forschungsinstitut nationalen, ja internationalen Ranges zu schaffen, so hat ein solches Vorhaben nur dann eine baldige Chance, wenn es an bereits vorhandene ähnliche Leistungen anknüpfen kann. Ich nenne hier nur Dortmund als Beispiel. Auch wenn die Standortfrage, die ja von der Landesregierung offensichtlich schon entschieden ist, in Gelsenkirchen schon Hoffnungen geweckt haben sollte, so ließe sich sicher für die dortigen Arbeitsmarktprobleme angemessener Ersatz finden. Ein solches Institut braucht auch die interdisziplinäre Befruchtung, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll. Es gehört daher an eine renommierte Hochschule unseres Landes, dies um so mehr, als offenbar die Neustrukturierung unserer Hochschullandschaft bevorsteht.

(D)

Wir lehnen daher diese Fehlkonstruktion und auch die Fehlinvestition ab.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. - Es spricht jetzt Herr Abg. Neuhaus für die Fraktion der CDU; ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

(A) Neuhaus (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem uns vorliegenden und in zweiter Lesung zu beratenden Nachtragshaushaltsplan ist für den Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im Kap. 10 030 Tit. 892 12 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 315 Millionen DM ausgewiesen worden. Diese Mittel sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren Landwirten Beihilfen gewähren, die ihre Flächen aus einer normalen Bewirtschaftung herausnehmen.

Die Bereitstellung dieser Mittel ist notwendig geworden, weil die Ministerpräsidenten aller Bundesländer sich am 19. Mai in einem Kompromiß geeinigt haben, die Finanzierung durch einen Sonderrahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe im Verhältnis 70 zu 30 von Bund und Ländern vorzunehmen. Auf Nordrhein-Westfalen bezogen bedeutet dieses: Von dem im Landeshaushalt ausgewiesenen 315 Millionen DM werden 220,5 Millionen DM vom Bund und 95,5 Millionen DM vom Land finanziert. Jährlich sind dies 63 Millionen DM, davon 44,1 Millionen DM Bundesmittel und 18,9 Millionen DM Landesmittel.

(Schauerte (CDU): Hört mal zu! Das Land trägt den kleineren Teil, und dafür lobt es sich allein!)

(B) Meine Damen und Herren, ich spreche dies deshalb detailliert an, weil Minister Matthiesen es immer wieder versteht, Bundesmittel als Leistungen der Landesregierung zu verkaufen,

(Hardt (CDU): Er schmückt sich mit fremden Federn!)

wie er es auch jetzt wieder mit diesem Haushaltstitel gemacht hat.

(Weiterer Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Wir danken der Bundesregierung

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

ausdrücklich dafür, und in diesen Dank möchte ich die Koalitionsfraktionen im Agrarausschuß des Deutschen Bundestages einschließen, die gestern dafür gesorgt haben, daß die finanziellen Voraussetzungen hierfür geschaffen worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ging hier darum, die Beschlüsse des EG-Gipfels in

Brüssel vom Februar so schnell wie möglich Wirklichkeit werden zu lassen, das heißt zum 1. Juli umzusetzen. (C)

Wenn es nun nach Herrn Minister Matthiesen gegangen wäre, wären wir noch nicht soweit. Er hat alles versucht und versucht auch immer noch, sich seiner Verantwortung für die Menschen auf dem Lande durch allerlei Tricks zu entziehen.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ein Beispiel dafür war heute auch die Passage in der Rede des Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, die vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen des Extensivierungs- und Teilflächenstilllegungsprogramms lösen allein nicht die agrarwirtschaftlichen Probleme unserer Bauern, sondern sie sind nur ein Teil von einem Bündel vieler Maßnahmen, auf die einzugehen jetzt die Zeit fehlt. Aber hierdurch soll auch ein Beitrag zur Überschubeseitigung, zur Marktentlastung geleistet werden. Die dadurch im Laufe der Jahre freiwerdenden Finanzmittel sollen und müssen für die ländliche Strukturpolitik bereitgestellt werden.

Es wird hier auch die Chance geboten, durch Extensivierung und ähnlichem mehr für die Landschaft und die Natur durch Biotopmaßnahmen zu tun, aber auch den arg bedrängten Landwirten durch eine Prämienzahlung und ein Entgelt für Pflegeleistungen, die im Rahmen von freiwilligen Pflegeverträgen geleistet werden, ein zusätzliches Einkommen zu gewähren. (D)

Wir haben ferner die Hoffnung, daß durch eine qualifizierte Aufforstung auch der Waldanteil in Nordrhein-Westfalen erhöht werden kann.

Der Übertragung der Durchführung dieser Maßnahmen auf die Landwirtschaftskammern stimmen wir zu.

Wir sagen deshalb - Herr Minister, hören Sie gut zu! - uneingeschränkt ja zu der im Landeshaushalt ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen aber deutlich nein zur Finanzierung durch neue Schulden, die nach unserer Auffassung nicht notwendig sind.

(Zustimmung bei der CDU)

(Neuhaus (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion erkläre ich allerdings auch: Wir werden im nächsten Jahr danach fragen, ob die Maßnahmen der Flächenstilllegung und der Extensivierung mit dem Ziel einer gleichgewichtigen Rückführung der Produktion in allen EG-Staaten in entsprechender Weise durchgeführt worden sind.

(Kniola (SPD): Wo werden Sie das fragen?)

- Hier!

Einseitige Vorleistungen der deutschen Bauern zu Lasten deutscher Marktanteile und zu Lasten des deutschen Steuerzahlers darf es auf Dauer nicht geben.

(Beifall bei der CDU - Kniola (SPD): Das wird es, Herr Kollege!)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. Er hat sich zu einer kurzen Stellungnahme gemeldet.

Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte noch eine Redezeit von neun Minuten. Ich handle das in einer Minute ab.

Ich möchte nur noch einmal klarstellen, damit keine Irritationen auftreten: Wir lehnen den Einzelplan 14 ab, weil wir den Nachtragshaushalt nicht über Kredite finanzieren wollen.

(B)

(Schauerte (CDU): Genau das ist der Punkt!)

Die F.D.P.-Fraktion wird sich beim Haushaltsplan 08 der Stimme enthalten. Wir stimmen zwar ausdrücklich den Finanzmitteln zu, die für das Residerprogramm und auch für die Gemeinschaftsaufgabe eingesetzt sind, aber wir können dem Gesamthaushalt 08 nicht zustimmen, weil wir gegen diesen Zuwachs bei den Personalstellen sind und weil wir dieser pauschalen Einsetzung der 70 Millionen Verpflichtungsermächtigungen im Bereich des Stahls so pauschal nicht zustimmen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Matthiesen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Neuhaus hat eben erstens eine Rede

gehalten, um sein schlechtes Gewissen zu beruhigen, (C)

(Hardt (CDU): Um der Wahrheit die Ehre zu geben!)

und zweitens, damit nachher, nachdem er sie gehalten hat, ein Telegramm für die landwirtschaftlichen Blätter gemacht werden kann, damit sie doch bitteschön erwähnen, daß er sich mit guter Absicht, aber mit falschen Argumenten hier im Landtag zu Wort gemeldet hat.

(Schauerte (CDU): Dieses Telegramm kommt verspätet, weil Ihres schon da ist! - Hardt (CDU): Es ist schon gedruckt!)

Es sind deshalb falsche Argumente, weil die Regierungschefs der Länder im Zusammenhang mit den schwierigen Agrarverhandlungen mit der Bundesregierung eine eindeutige Verhandlungsposition hatten, die da lautete: Erstens, Flächenstilllegungen sind eindeutig Marktentlastungsmaßnahmen und fallen in die Zuständigkeit der EG und Bonns, und zweitens, die Produktionsaufgaberente - vorher Vorruehstand genannt - ist eindeutig Agrarsozialpolitik und fällt eindeutig in die Zuständigkeit des Bundes.

(Jacobs (CDU): Da haben Sie aber Glück gehabt!)

Die Bundesregierung war nicht bereit, diese beiden Positionen der Länder, die die Länder einmütig festgelegt hatten, zu akzeptieren, und verlangte ihrerseits von den Bundesländern eine Mitfinanzierung in beiden Fällen von jeweils 40 %. Diese Position des Bundes war und ist für die Bundesländer unannehmbar. Aber im Wege eines Kompromisses hat man sich darauf verständigt, daß die Länder bereit sein könnten, sich bei den Flächenstilllegungen mit 30 % zu beteiligen, wenn der Bund die Ausgaben für die Produktionsaufgaberente voll übernimmt, ohne die Länder zu belasten, allerdings mit der einstimmig von den Länderregierungen zu Protokoll gegebenen Erklärung, daß damit keinerlei präjudizierende Wirkung für die Zukunft verbunden sei und daß damit nach wie vor die Rechtslage hinsichtlich der Finanzierung solcher EG-weit entlastender Maßnahmen ungeklärt bleibe. Diese einmütige Stellungnahme der Regierungschefs ist dem Herrn Bundeskanzler vorgetragen worden. Er hat diesen Kompromiß begrüßt und ausdrücklich für die Bundesregierung erklärt, daß dieses von der Bundesregierung dann auch so umgesetzt werde. (D)

(Minister Matthiesen)

- (A) Nun kommt Ihr schlechtes Gewissen, verehrter Herr Kollege. Wir müssen nämlich feststellen, daß von der Bundesregierung erstens versucht wird, bei der Produktionsaufgaberechte - zuständig ist Bundesarbeitsminister Blüm - offenbar nachträglich eine Plafondierung einzuführen, was ein unmöglicher Zustand wäre. Man kann nicht gesetzlich den Landwirten quasi einen Rechtsanspruch auf ein Programm geben, um dann nach dem Windhundverfahren das Geld zu verteilen und anschließend irgendwann zu sagen: Jetzt ist es genug, das Geld ist alle, sieh doch zu, wie du in die Röhre guckst! Das ist ein unmögliches Verfahren.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Jacobs?

(Minister Matthiesen: Aber gerne!)

- Bitte schön, Herr Jacobs.

Jacobs (CDU): Herr Minister Matthiesen, ist Ihnen bekannt, daß die Verhandlungen in Bonn laufen, damit jeder Bauer, der einen Antrag stellt, in Zukunft auch bedient werden kann?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Darauf antworte ich: Ihr Wort in Stoltenbergs Ohr. Wir sprechen uns wieder.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Das zweite ist, daß der Agrarausschuß des Deutschen Bundestages am Montag dieser Woche entgegen der Absprache der Regierungschefs einen Rahmenplan verabschiedet hat, der die noch offene rechtliche Klärung vorwegnimmt und damit einen Präzedenzfall auch für alle nachfolgenden Finanzierungen hinsichtlich einer 40prozentigen Mitbeteiligung der Länder schafft. Meine Damen und Herren, das ist der Tatbestand.

(Jacobs (CDU): 30 %!)

Das hat dazu geführt, daß sowohl ich als auch Kollegen aus anderen Bundesländern mittlerweile beim Bundesminister Kiechle energisch protestiert haben und daß die Länder, wenn der Deutsche Bundestag am Freitag dieser Woche diese Mißachtung der Absprache mit den Regierungschefs nicht rückgängig macht, am 8. Juli im Deutschen Bundesrat einmütig dafür sorgen werden, daß es in den Vermittlungsausschuß kommt, was für die Landwirte, die auf das Programm warten, eine fatale Wirkung hätte. Das nur zu

- der Frage, wer hier Verursacher ist und wer dann die Wirkung zu tragen hat! (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Neuhaus, deshalb wären Sie bei Ihrer Art Vorwärtsverteidigung, die Sie eben versucht haben, gut beraten, nicht nur Ihre Rede zu überprüfen, sondern Ihre ganze Kraft als Opposition dieses Landes zu nutzen, um bei der Bundesregierung Punkt und Komma der Durchführung und Einhaltung des geschlossenen Kompromisses einzuklagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie den Landwirten hier im Lande einen Dienst erweisen wollen, damit das Programm zum 1. Juli in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Bundesländern in Kraft gesetzt werden kann, dann müssen Sie Ihre Kraft darauf verwenden und hier nicht so Winkelzüge machen, um im Sinne einer Vorwärtsstrategie dabei auch noch ein bißchen Dreck bei der Landesregierung abzuladen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Neuhaus?

(Minister Matthiesen: Ja, mit größtem Vergnügen!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter!

- Neuhaus (CDU): Herr Minister, da ich im Besitz der Protokolle des Deutschen Bundestages, (D)

(Minister Matthiesen: Leider nicht im Besitze der Wahrheit, verehrter Herr Kollege! - Dautzenberg (CDU): Das ist ja unmöglich, Frau Präsidentin! - Weitere Zurufe von der CDU)

auch des Protokolls über die Ausschußsitzung und des Protokolls über die Ministerpräsidentenkonferenz bin, muß ich Ihnen sagen, daß Sie leider die Unwahrheit sagen.

Frau Vizepräsident Friebe: Fragen müssen Sie!

Neuhaus (CDU): Ich frage Sie, ob Sie endlich zu Punkt 2 des Ergebnisprotokolls über die Ministerpräsidentenbesprechung vom 19. Mai stehen? Darin heißt es:

Die Maßnahmen nach dem Extensivierungsgesetz werden in einem Sonderrahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur im Verhältnis 70 zu 30

(Neuhaus (CDU))

- (A) von Bund und Ländern finanziert. Es besteht grundsätzliche Übereinstimmung.

Stehen Sie dazu oder nicht?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Aber, verehrter Herr Kollege Neuhaus, das ist doch nicht das Problem.

(Neuhaus (CDU): Natürlich!)

Das Problem ist, daß ein Sonderrahmenplan als solcher vom Deutschen Bundestag und vom Bunderat beschlossen werden muß und daß Sonderrahmenplan bedeutet: rechtlicher Vorbehalt hinsichtlich der ungeklärten Rechtsfrage. Bei aller Bereitschaft, den Landwirten jetzt auch von Nordrhein-Westfalen aus wirksam zu helfen, wollen und können wir nicht - und das gilt für alle Bundesländer - für alle Zeiten und für alle Zukunft EG-Markt-entlastende Maßnahmen als Reparaturbetrieb der Länder für eine verfehlte europäische Agrarpolitik finanzieren!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vorhin noch einmal Kontakt mit der Bayerischen Staatskanzlei und mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gehabt. Wir haben da keinen Meinungsunterschied und sind übereinstimmender Auffassungen, zwischen die kein Zeitungspapier paßt. Ich bitte jetzt jenseits aller Parteitaktik, diese Woche zu nutzen, um auf Ihre Abgeordneten, die in Bonn die Mehrheit haben, einzuwirken, daß das am Freitag korrigiert wird, weil wir sonst im Bundesrat am 8. Juli eben nicht zu einer Beschlußfassung im Interesse der Landwirte kommen werden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen: Nordrhein-Westfalen hat die Voraussetzungen erfüllt. Sie haben selbst die Summe genannt, die wir in dem heute zu beschließenden Nachtragshaushalt zur Verfügung stellen wollen. Fragen Sie einmal in anderen Bundesländern nach, wie weit die mit den Vorbereitungen sind. Die Entscheidung zur Durchführung, bezogen auf die Landwirtschaftskammern, ist gefallen. Die Vorbereitungen laufen.

In einem Satz: Diese Landesregierung sorgt dafür, daß schnell und unbürokratisch das Gewollte für unsere Landwirte umgesetzt werden kann. Woran es jetzt noch mangelt, ist die Bereitschaft der Bundesregierung, den mühselig gefundenen Kompromiß durch politische Mehrheitsentscheidung in Bonn in die Tat umzusetzen. Da sollten Sie hier bitte

nicht an der Landesregierung herumnörgeln, die ihre Schularbeiten gemacht hat, sondern Sie sollten in Bonn bei Ihrer Mehrheit dafür sorgen, daß das endlich geschieht. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Abg. Schauerte für zwei Minuten das Wort.

Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Walter Neuhaus hat hier eine gute Rede gehalten,

(Lachen bei der SPD)

eine Rede, die notwendig war, und eine Rede, in der er unmißverständlich gesagt hat, daß wir zur Finanzierung bereit sind, daß wir diese Verpflichtungsermächtigungen zugunsten der Bauern ohne Wenn und Aber wollen. Da lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Minister Matthiesen, keine falschen Legenden anhängen.

(Neuhaus (CDU): So ist das!)

Das zweite! Sie werfen ihm vor, er habe die Rede gehalten, weil er möglicherweise eine Pressemitteilung an den WLV absetzen wolle. Das sagt ausgerechnet der Minister, der seine Presseerklärung bereits da hat.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe von der CDU)

Ich darf sie Ihnen einmal vorlesen. Der WLV sagt heute: (D)

Wie NRW-Minister Klaus Matthiesen in einem Gespräch mit WLV und Heereman mitteilte, stellte die Landesregierung in einem Nachtragshaushalt 315 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen für fünf Jahre zugunsten des Flächenstilllegungsprogramms bereit, 63 Millionen DM jährlich.

Jetzt kommt es - kein Wort, woher das Geld kommt -:

Wie der WLV aus eigenen Kenntnissen mitteilt,

- der Minister sagt das nicht, er schmückt sich immer mit fremden Federn -

wird dieses Programm zu 70 % vom Bund und zu 30 % von den Ländern bezahlt.

(Hört, hört! und lebhaftes Zurufe von der CDU)

Dann stellt sich der Minister hier hin und greift den Sprecher der Opposition an, dis-

(Schauerte (CDU))

- (A) kreditiert seine Rede und sagt, Herr Neuhaus tue das nur, um Pressearbeit zu machen. Das ist unredlich, Herr Matthiesen!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie dann am Ende auf Europa eingehen und hier in allgemeinen Sentenzen die Europapolitik verantwortlich machen, ist das genauso unredlich. Sie wissen auch, und das müssen Sie wissen: Die Interessen der deutschen Bauern in Europa durchzusetzen ist ein ungeheuer schwieriger Prozeß. Darum kämpft die Bundesregierung. Dazu braucht sie sich von dieser Landesregierung in keinster Weise ermuntern zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister Matthiesen, ich erteile Ihnen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU)

- Ich habe diese agrarpolitische Debatte nicht vom Zaun gebrochen.

(von Unger (CDU): Nein, aber mit der Latte dreingeschlagen!)

- (B) Ich wäre jetzt auch gern sitzen geblieben, aber wer mich reizt, muß sich nicht wundern.

Ich will in aller Deutlichkeit sagen, vor allen Dingen deshalb, weil ich dort oben gerade ein paar hervorragende Vertreter des Bauernverbandes sehe, die ich persönlich und auch sonst sehr schätze,

(Lachen bei der CDU - Schumacher (Kall) (CDU): Schauspieler!)

die wahrscheinlich extra gekommen sind, um die Rede von Herrn Neuhaus zu hören.

(Lachen bei der SPD)

Denen will ich sagen: Wer entgegen der ursprünglichen Erwartung gemeint hat, man könne mit diesen Flächenstillegungen positive Effekte für den Naturschutz oder für den Gewässerschutz sozusagen mit ableiten und daß sich daraus eine gewisse Verpflichtung zur Mitfinanzierung für die Länder ergebe, was Herr Bundesminister Kiechle in allen Konferenzen - Herr Kollege Finanzminister, Sie waren dabei - als Begründung angeführt hat, muß enttäuscht sein, wenn er die ersten

Verordnungsentwürfe liest, die jetzt auf dem Tisch liegen und in denen von Naturschutz und Gewässerschutz - die Kollegen von der F.D.P. stimmen mir zu; ich sehe das an ihrem Kopfnicken - nicht mehr die Rede ist, sondern allein und ausschließlich von Marktentlastung.

Darüber will ich aber jetzt gar nicht lamentieren. Aber worüber ich lamentieren will, ist, daß ich, nachdem jetzt nicht einmal dieser Nutzeffekt abfällt, in großer Sorge bin, daß die Forderung der Ministerpräsidenten nach gleichgewichtiger Anwendung dieses Programms in den anderen EG-Staaten dort nach allem, was wir wissen, nicht vollzogen werden wird, sondern daß fast ausschließlich wir in der Bundesrepublik Deutschland das tun.

(Schauerte (CDU): Dann dürfen Sie aber nicht Walter Neuhaus beschimpfen!)

Hier besteht die große Gefahr, daß wir einen deutschen Beitrag zur Herausnahme von landwirtschaftlicher Produktion leisten, während andere EG-Staaten dies in dieser Deutlichkeit und diesem Umfang nicht tun, daß wir die ohnehin knappen Finanzen des Bundes und der Länder dazu benutzen, dies zu fördern, und daß wir in einigen Jahren vor dem Ergebnis stehen, Geld ausgegeben zu haben, Landwirte zur Flächenstillegung ermutigt zu haben, in der Zwischenzeit keine Alternative für sie in den ländlichen Gebieten angeboten zu haben,

(Dr. Pohl (CDU) und Hardt (CDU): Wer regiert denn in Nordrhein-Westfalen?)

während die Überschußproduktion in der Europäischen Gemeinschaft unverändert ist.

(Beifall bei der SPD)

Dieselbe Fehlentwicklung läuft weiter, nachdem wir vorher dafür Milliardensummen ausgegeben haben!

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Jacobs?

(Minister Matthiesen: Ja, gerne!)

Jacobs (CDU): Herr Minister Matthiesen, kann ich Ihre letzten Ausführungen so verstehen, daß Sie diesem Programm Ihre Zustimmung verweigern?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nein, das können

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

(A) Sie so nicht verstehen. Ich verstehe Ihre Frage auch als eine typische Fangfrage.

(Dr. Pohl (CDU): Haben Sie die Presseverlautbarung losgelassen, oder nicht?)

Sie können es verstehen als die Skepsis eines Landwirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, der sich in der skeptischen Einschätzung dieses Programms mit allen anderen Landwirtschaftsministern der Länder einig ist. Wissen Sie auch noch, warum? - Weil nämlich in der Ursprungskonzeption von der Bundesregierung gewollt war und von allen Länderministern verlangt worden ist, Flächenstilllegung zeitgleich zum Programm der Produktionsaufgabereute anzubieten, um Landwirten die Möglichkeit der fakultativen Inanspruchnahme zu geben. Jetzt haben wir ein Flächenstilllegungsprogramm vielleicht zum 1. Juli, eine Regelung über eine Produktionsaufgabereute vielleicht zum 1. Januar nächsten Jahres, ausgestattet dann auch noch mit einer Plafondierung. Das ist nicht das Ergebnis vernünftiger Politik, sondern das ist dann auch für unsere Bauern ein Torso!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Voetmann?

(Minister Matthiesen: Aber gern!)

(B) - Herr Kollege Voetmann, Sie haben das Wort!

Voetmann (CDU): Herr Minister - -

(Anhaltende Unruhe)

Frau Vizepräsident Friebe: Einen Moment, Herr Voetmann! Ich denke, ich muß erst einmal dafür sorgen, daß Ihre Frage verstanden wird. - Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, ein bißchen ruhiger zu sein. Dann wäre es auch für mich leichter. - Bitte schön, Herr Voetmann!

Voetmann (CDU): Herr Minister, Sie haben vorhin ausgeführt, daß mit der Flächenstilllegung ursprünglich auch daran gedacht war, einen Effekt zum Landschaftsschutz und zum Umweltschutz zu erzielen. Jetzt sagen Sie, daß dies nicht mehr anfällt. Selbst dieser Nebeneffekt sei nicht mehr gegeben. Meinen Sie nicht, daß diese Aussage unredlich sei, weil die Böden durch die nicht mehr landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr gedüngt

werden und damit keine Belastung mehr für Böden und Gewässer entsteht? (C)

(Kniola (SPD): Die anderen Böden werden doch dreimal soviel gedüngt!)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Kollege Voetmann, die Ursprungskonzeption war, daß die durchführenden Länder durch die Ausgestaltung der Verordnung eine Möglichkeit der Steuerung hatten hinsichtlich der Flächenstilllegung und ihrer bewußten Steuerung bezüglich der Nebeneffekte für Naturschutz und Gewässerschutz. Das ist aus den Verordnungsentwürfen völlig heraus. Es wird nur noch eindeutig und einseitig von Marktlastungsmaßnahmen gesprochen. Damit ist der indirekte Effekt nicht verschwunden, aber die direkte Steuerungsmöglichkeit, die für die Länder ein solches Programm ja erst interessant macht.

(Voetmann (CDU): Aber es ist eine Entlastung gegeben!)

Es tut ja weh, wenn ich das sagen muß; aber der ursprüngliche Effekt, die Produktionsaufgabereute zeitgleich anzubieten, ist heute, wie Sie wissen, nicht mehr realisierbar. Das schmälert die Wirksamkeit des Programms auch in der Attraktivität für unsere Landwirte. Ursprünglich war geplant, sie noch in diesem zweiten Halbjahr wissen zu lassen, was sie im nächsten Jahr, wenn sie es denn beantragen, erwartet. Meine Sorge ist, daß das ganze Programm durch diesen politischen, mangelhaften Vollzug in seiner Wirksamkeit erheblich geschmälert wird (D)

(Jacobs (CDU): Warten Sie doch einmal ab!)

und daß wir sehr viel Geld für eine nicht voll wirksame Maßnahme ausgeben. Das hat nicht die Landesregierung zu vertreten, das haben alle Bundesländer nicht zu vertreten, sondern das hat die Bundesregierung zu vertreten.

Ich sage noch einmal: Bündeln Sie bitte Ihre Kraft und helfen Sie mit, die Interessen unserer Landwirte zu wahren, statt hier aus parteitaktischen Gründen am falschen Platz und mit dem falschen Thema der Landesregierung Vorwürfe zu machen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das muß ausgerechnet er sagen! - Weiterer Zuruf von der CDU: Nur Schaumschlägerei!)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wir kommen zur Abstimmung. Zum Verfahren: Zunächst stimmen wir über die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 10/3307 bis 10/3315, ab. Antrag Drucksache 10/3316 wurde zur dritten Lesung zurückgestellt. Anschließend stimmen wir über die anderen Änderungsvorschläge und danach insgesamt ab. Vielleicht hilft es Ihnen, wenn Sie die Zusammenstellung der Änderungsanträge zur Hand nehmen.

Ich rufe die Abstimmung zum Einzelplan 04 - Justizminister - auf. Es liegen keine Änderungsanträge vor. Ich komme zur Gesamtabstimmung. Wer dem Einzelplan 04 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, der Einzelplan ist angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung - auf. Dazu liegen folgende Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor:

Drucksache 10/3307 - betreffend die Ausstattung der Hochschulen mit Geräten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Bei Enthaltung der F.D.P. ist der Antrag abgelehnt.

Drucksache 10/3308 - betreffend das Kulturwissenschaftliche Institut. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

(B)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die anderen, von Änderungsanträgen nicht betroffenen Titel des Einzelplans 06. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich kann jetzt die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06 vornehmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest, der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen der SPD angenommen.

Wir kommen zu Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der CDU Drucksache 10/3309, betreffend das Institut "Arbeit und Technik", auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte,

den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Der Antrag ist abgelehnt. (C)

Wir stimmen jetzt über die von Änderungsanträgen nicht betroffenen Titel ab. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest, daß diese Titel einstimmig angenommen wurden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 07. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Einzelplan 07 ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - auf.

Dazu Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3310 betreffend den Stellenplan des Wirtschaftsministeriums! Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt zur Abstimmung über die von Änderungsanträgen nicht betroffenen Titel des Einzelplans 08. Wer stimmt ihnen zu? - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Diese Titel sind bei Enthaltung der F.D.P. einstimmig so beschlossen. (D)

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Wer dem Einzelplan 08 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? - Bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion ist dieser Einzelplan ebenfalls angenommen.

Ich rufe jetzt Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - auf.

Hierzu der Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3311 betreffend "Bodenschutzzentrum"! Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest, der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die vom Änderungsantrag nicht betroffenen Titel des Einzelplans 10. Wer ist dafür? - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dieser Teil ist einstimmig angenommen.